

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Arbeitsprogramm der EUSALP Präsidentschaft Tirol 2018](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [Ehrgeizige Ziele für eine sauberere und effizientere Energienutzung](#) 3
- [Virtuelle Währungen und Geldwäsche](#) 3

##### Rat der Europäischen Union

- [Brexit-Übergangsphase](#) 4
- [Rat Landwirtschaft und Fischerei](#) 4

##### Europäische Kommission

- [Bessere Unterstützung beim Kampf gegen Terrorismus](#) 5
- [Kommission will bei Integration von MigrantInnen auf lokaler Ebene helfen](#) 5
- [Bildungsgipfel in Brüssel](#) 6
- [Vertragsverletzungsverfahren im Jänner](#) 6

##### Sonstiges

- [Hohe Zustimmung zu Österreichs EU-Mitgliedschaft](#) 7
- [EU wird positiv wahrgenommen, mit Ausnahmen](#) 7
- [Neue Finanzstatistik über Staatsgarantien und notleidende Kredite in Österreich](#) 8

#### In eigener Sache

- [LOEWIT - Ausstellung](#) 9

#### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*

*Fax: 0032 2 742 09 80*

*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Arbeitsprogramm der EUSALP Präsidentschaft Tirol 2018

Am 24. Jänner hat das Land Tirol das [Arbeitsprogramm der EUSALP Präsidentschaft Tirol 2018](#) vorgestellt. Das Motto des Vorsitzes lautet: **zukunft.gemeinsam.gestalten. – Im Interesse der Alpen!**



Das Land Tirol führt im Jahr 2018 den Vorsitz in der makroregionalen [EU-Strategie für den Alpenraum \(EUSALP\)](#). Dieser Zusammenschluss vereint 48 Regionen aus sieben Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien, Schweiz und Liechtenstein) mit über 80 Mio. EinwohnerInnen. Die EUSALP bietet für den Alpenraum die Möglichkeit nachhaltige bzw. innovative Lösungen zu entwickeln, um die Herausforderungen einer globalisierten Welt gemeinsam zu meistern.

Mit dem Vorsitz übernimmt Tirol eine zentrale Rolle bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der EUSALP. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, mit den beteiligten Regionen und Staaten sowie mit der Alpenkonvention und dem Interreg-Alpenraumprogramm.

Konkrete [Schwerpunkte](#) bilden die duale Ausbildung im Alpenraum sowie Ausbildung von MigrantInnen und deren Integration in den Arbeitsmarkt; die flächensparende Bodennutzung und Förderung der alpinen Nahrungsmittel als kulturelles Erbe; ein Naturgefahrenmanagement mit einer alpenweiten Risiko-Governance; die Entwicklung einer langfristig nachhaltigen und grenzüberschreitenden Energiestrategie; und nicht zuletzt die Verkehrsverlagerung im Güter- und Personenverkehr von der Straße auf die Schiene.

Die Auftaktveranstaltung EUSALP-Vorsitz Tirol 2018 findet am 7. Februar 2018 im Congresspark Igls statt (siehe [Programm](#)).

Für weitere Termine der EUSALP Präsidentschaft Tirol siehe [Veranstaltungskalender 2018](#).

[Mehr Informationen](#)





# Europäisches Parlament

## Ehrgeizige Ziele für eine sauberere und effizientere Energienutzung

Das Europäische Parlament sprach sich für verbindliche EU-weite Zielvorgaben aus, die eine Verbesserung der Energieeffizienz um 35 %, einen Mindestanteil von 35 % der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch und einen Anteil von 12 % der Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor bis 2030 vorsehen.

Um diese Gesamtziele zu erreichen, sollen die Mitgliedstaaten ihre eigenen nationalen Ziele festlegen, die im Einklang mit der Verordnung über das Governance-System der Energieunion erreicht werden müssen.

Zudem sollen bis 2022 rund 90 % der Tankstellen entlang der Straßen der transeuropäischen Netze mit Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge ausgestattet sein.

Jetzt werden die Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen, der seine allgemeinen Leitlinien zur Energieeffizienz, zu den erneuerbaren Energien und zum Governance-System der Energieunion bereits im letzten Jahr angenommen hat.

[Mehr Informationen](#)

## Virtuelle Währungen und Geldwäsche

Am 29. Jänner stimmten die Parlamentsausschüsse für Wirtschaft und Inneres den mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss zur Änderung der EU-Geldwäsche-Richtlinie ab (siehe [Parlamentsbericht](#)). Die neuen Vorschriften sollen erstmals auch auf virtuelle Währungen Anwendung finden.

Die Novelle ist zum einen eine Antwort auf die Enthüllungen der „Panama-Papers“. So soll in Zukunft jeder BürgerInnen einen Zugang zu Daten über die wirtschaftlichen EigentümerInnen von in der EU tätigen Unternehmen erhalten, um die wahre Eigentümerschaft von Briefkastenfirmen zu klären.

Zum anderen sollen mit den neuen Maßnahmen auch Risiken im Zusammenhang

mit virtuellen Währungen angegangen werden. Um die Anonymität virtueller Währungen zu beenden, sollen virtuelle Handelsplattformen und Verwahrer bestimmten Sorgfaltspflichten (u.a. Kundenprüfungsanforderungen) unterworfen. Zudem sollen die verschiedenen Plattformen und Anbieter auch registriert werden.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Brexit-Übergangsphase

**Am 29. Jänner wurden im MinisterInnenrat der EU-27 eine Reihe von neuen Richtlinien (in [Englisch](#)) für die Brexit-Verhandlungen mit Positionen der EU für die Übergangsphase angenommen.**

Nach Ansinnen der EU-27 soll das Vereinigte Königreich während der Übergangsphase bis zum 31.12.2020 volles Mitglied der EU und auch Teil des gemeinsamen Binnenmarktes bleiben. Demnach dürfe es für das UK in dieser Zeit keine Möglichkeit geben, internationale Abkommen, die durch den Zuständigkeitsbereich der EU geregelt sind, abzuschließen. Das volle Unionsrecht bleibt somit, abzüglich des Mitentscheidungsrechts in den EU-Institutionen, für die Zeit des 21 monatigen Übergangs bestehen.

Mit diesen neuen Leitlinien erhält die Kommission und somit der Chefunterhändler Michel Barnier als Verhandlungsführer ein starkes Mandat der Mitgliedsstaaten in Hinblick auf diese Fragen in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich.

[Mehr Informationen](#)

## Rat Landwirtschaft und Fischerei

**Die Minister für Landwirtschaft kamen am 29. Jänner in Brüssel zusammen, um sich über die Mitteilung der Kommission über "[Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft](#)" vom 29. November 2017 zu beraten. Hierbei standen Aspekte, wie Ressourcen und Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie Subsidiarität im Mittelpunkt.**

Der Rat wurde über die Marktlage wichtiger Agrarsektoren, wie Zucker, Milch und Schweinefleisch bzw. bezüglich internationaler Agrarhandelsfragen auf den neuesten Stand gebracht.

Darüber hinaus hat der Rat eine vorübergehende Änderung öffentlicher Beihilfen für Magermilchpulver (in [Englisch](#)) der Verordnung [1370/2013](#) beschlossen und somit die mengenmäßige Beschränkung für

den Ankauf von Magermilchpulver zum Festpreis für 2018 auf null Tonnen herabgesetzt. Diese Maßnahme soll darauf abzielen, die Märkte für Milcherzeugnisse zu beruhigen, auf Marktstörungen frühzeitig zu reagieren bzw. sie zu verhindern.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Bessere Unterstützung beim Kampf gegen Terrorismus

In ihrem am 24. Jänner präsentierten Fortschrittsbericht (in [Englisch](#)) zur Sicherheitsunion erklärt die Europäische Kommission das Vorgehen gegen Radikalisierung, die Erhöhung der Cybersicherheit und den Schutz des öffentlichen Raums zu den Prioritäten für die kommenden Monate.

Die Kommission will etwa den Austausch über Radikalisierung mit Mitgliedstaaten und ExpertInnen intensivieren. Außerdem sollen konkrete Schritte im Kampf gegen terroristische Inhalte im Internet gesetzt werden.

In speziellen Sicherheitshinweisen für Lkw-FahrerInnen und Transportunternehmen

sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie mit möglichen Bedrohungen durch Terrorismus umgegangen werden kann.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission will bei Integration von MigrantInnen auf lokaler Ebene helfen

Ein am 24. Jänner vorgestelltes neues „[Toolkit](#)“ soll nationalen Behörden helfen, verfügbare EU-Mittel ausfindig zu machen und lokale Integrationsstrategien auszuarbeiten.

Beim Toolkit zur Nutzung von EU-Fonds für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund geht es schwerpunktmäßig um fünf Themenbereiche: Aufnahme, Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Zugang zu öffentlichen Diensten.

Im Bildungsbereich könnten beispielsweise unterschiedliche EU-Fonds gemeinsam

genutzt werden, um Schulen inklusiver zu gestalten. Das Toolkit soll noch in der laufenden Haushaltsperiode 2014-2020 Anwendung finden.

[Mehr Informationen](#)



## Bildungsgipfel in Brüssel

**Am 25. Jänner fand auf Einladung von EU-Kommissar Tibor Navracsics der erste EU-Bildungsgipfel mit 18 BildungsministerInnen und 450 Fachleuten statt. Der Bildungsgipfel ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025.**

Das Leitmotiv des Gipfels lautete: „Das Fundament für einen europäischen Bildungsraum schaffen: innovative, inklusive und auf Werte gestützte Bildung verwirklichen“.

Zu den behandelten Themen zählten die Einbeziehung benachteiligter SchülerInnen,

die Verbesserung des Lernens durch Sport und die Stellung der MINT-Fächer (M a t h e m a t i k , I n f o r m a t i k , Naturwissenschaften und Technik).

[Mehr Informationen](#)

## Vertragsverletzungsverfahren im Jänner

**Am 25. Jänner hat die Kommission zwei Schreiben an Österreich gerichtet, da nach ihrer Auffassung bestimmte Verpflichtungen im Bereich der Strafverfolgung und der biologischen Vielfalt nicht umgesetzt wurden.**

Im ersten Fall hat die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme geschickt, da die [Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen](#) nicht vollständig in österreichisches Recht inkorporiert sei. Dieser Rechtsakt verpflichtet die Mitgliedstaaten, ein Beweisersuchen aus einem anderen Mitgliedstaat in derselben Weise bzw. unter denselben Modalitäten anzuerkennen und auszuführen, als wäre es von einer innerstaatlichen Behörde gestellt worden.

Darüber hinaus habe es Österreich nach Ansicht der Kommission versäumt, zuständige Behörden für die Anwendung der [Verordnung über den Zugang zu genetischen Ressourcen](#) (vgl. auch [Protokoll von Nagoya](#)) zu benennen.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Hohe Zustimmung zu Österreichs EU-Mitgliedschaft

**Seit der Brexit-Abstimmung und den US-Wahlen ist die Zustimmung der ÖsterreicherInnen zur EU-Mitgliedschaft deutlich gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle österreichweite Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).**

77 % der Befragten sprechen sich dafür aus, dass Österreich Mitglied der EU bleibt. Lediglich 15 % plädieren für einen Austritt aus der Europäischen Union. 8 % beziehen keine Stellung.

Seit April 2016 ist die Zahl der MitgliedschaftsbefürworterInnen kontinuierlich

– um 17 % – gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Zahl jener, die einen EU-Austritt befürworten, um die Hälfte verringert.

[Mehr Informationen](#)

## EU wird positiv wahrgenommen, mit Ausnahmen

**Eine weitere ÖGfE-Umfrage beschert der EU Lob für ihre verbindende Rolle. Allerdings wird die Asyl- und Migrationspolitik der EU kritisiert.**

Die ÖsterreicherInnen sind mehrheitlich der Ansicht, dass ihr Land von den EU-Institutionen fair behandelt wird (53 %) und seine Interessen durchzusetzen weiß. Der Aussage, dass die Union von der nationalen Politik oft als Sündenbock verwendet wird, um von eigenen Versäumnissen abzulenken, stimmen fast sechs von zehn Befragten zu.

Österreich selbst spielt, nach Meinung eines überwiegenden Teils der Befragten, jedenfalls eine positive Rolle, wenn es um die Solidarität mit anderen Mitgliedsländern geht. 86 %

sehen die Rolle Österreichs sehr oder eher positiv.

Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich dagegen bei der Beurteilung der Asyl- und Migrationspolitik. 61 % der Befragten geben der EU in diesem Zusammenhang negative Zensuren.

[Mehr Informationen](#)



## Neue Finanzstatistik über Staatsgarantien und notleidende Kredite in Österreich

**Am 29. Jänner hat das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) neue Daten zu Garantien des Staatssektors, zu bestimmten Verbindlichkeiten in Bezug auf öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) und öffentliche Kapitalgesellschaften sowie zu notleidenden Krediten des Staatssektors veröffentlicht.**

In 2016 verzeichnete Österreich demnach mit 20,5 % des BIP nach Finnland (28,0 %) die zweithöchsten Anteile von Garantien des Staatssektors in der EU. Demgegenüber war der Anteil der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit ÖPP in Österreich unter 0,2 % des BIP und damit am unteren Ende der EU-Skala. Diese bestünden zudem vornehmlich auf Länderebene.

Der Umfang der Verbindlichkeiten öffentlich kontrollierter Kapitalgesellschaften, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, befand sich in Österreich im Mittelfeld der EU Staaten. Schließlich lag der Anteil an notleidenden Krediten (Vermögenswerte) des Zentralstaats in Österreich in 2016 bei 1,1 % des BIP.

[Mehr Informationen](#)





# In eigener Sache

## LOEWIT - Ausstellung

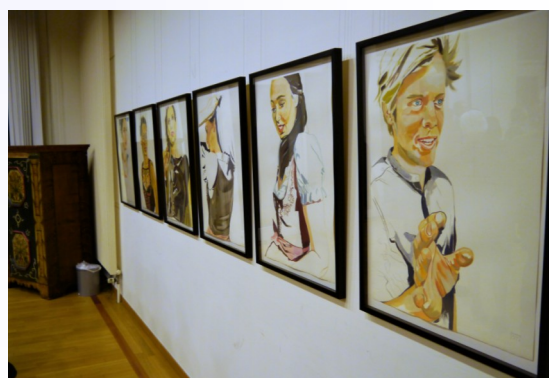
Am 30. Jänner fand die Ausstellungseröffnung der Tiroler Künstlerin [Susanne Loewit](#) in den Räumlichkeiten der Vertretung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino statt.



Unter dem Titel „unendlich gegenwärtig 5/7 – STILLS“ präsentiert sie eine Auswahl ihrer Werke und gibt Einblicke in die Bandbreite ihres Schaffens. In der Ausstellung finden sich Illustrationen zu ihrem neulich erschienenen Buch „Tiroler Sagen. Bis in alle Gegenwart“ sowie Ölbilder aus der Serie STILLS.

Lange widmete sie sich Landschaften und Architekturen, deren sinnliche Perspektiven Sehnsuchtsorte darstellen sollen. Die vertiefte Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie stellt den Mensch, insbesondere die Frau, in den Mittelpunkt und erhebt sie zum neuen Bild- und Untersuchungsgegenstand ihrer Werke.

Nach der Begrüßung durch Dr. Richard Seeber und Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa führte die Künstlerin durch die Ausstellung.



Für den angemessenen musikalischen Rahmen der Vernissage sorgte Andreas Baumüller auf seiner Steirischen Harmonika.



# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen](#)

Umwelt, Handel  
30 Januar 2018 - 27 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung](#)

Umwelt  
29 Januar 2018 - 24 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette](#)

Lebensmittelsicherheit, Öffentliche Gesundheit  
23 Januar 2018 - 20 März 2018

### [Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen](#)

Umwelt  
23 Januar 2018 - 18 April 2018

### [Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013 – Ihre Stimme](#)

Landwirtschaft  
22 Januar 2018 - 20 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Initiative der EU für Bestäuber](#)

Umwelt  
11 Januar 2018 - 5 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität](#)

Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, etc  
10 Januar 2018 - 8 März 2018

### [Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion](#)

Regionalpolitik, Beschäftigung und Soziales, Soziale Inklusion, etc  
10 Januar 2018 - 8 März 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten](#)

Gesundheit  
21 Dezember 2017 - 15 März 2018



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Umwelt

Bioökonomie, Regionen, Innovation	<a href="#">Realising the potential of regional and local bio-based economies</a>	13.02.2018	€ 3.000.000
Landwirtschaft, Innovationen, Digitalisierung	<a href="#">Enabling the farm advisor community to prepare farmers for the digital age</a>	13.02.2018	€ 7.000.000
Umwelt, Landwirtschaft	<a href="#">Contracts for effective and lasting delivery of agri-environmental public goods</a>	13.02.2018	€ 15.000.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Patrick Raschner  
Elias Pirker

---

### Abbildungsverzeichnis

eigene Aufnahmen  
[EUSALP](#)